



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1923

561 (5.12.1923) Abend-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-209813](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-209813)

Mannheimer General-Anzeiger

Badische Neueste Nachrichten

Beilage: Der Sport vom Sonntag — Aus Zeit und Leben mit Mannheimer Frauen-Zeitung und Mannheimer Musik-Zeitung

Anzeigenpreise nach Tarif, bei Vorauszahlung pro vierwöchiger Kolonialsache für allgemeine Anzeigen 0,40 Goldmark pro Zeile 1,20 Goldmark, für Anzeigen an bestimmten Tagen Stellen und Ausgaben nach Vereinbarung übernommen. Adressen: Mannheimer Anzeiger, Badische Neueste Nachrichten, Mannheimer Frauen-Zeitung, Mannheimer Musik-Zeitung.

Um das Ermächtigungsgesetz

Berlin, 5. Dez. (Von unsem. Berliner Büro.) Sämtliche Fraktionen des Reichstags beschäftigten sich am Vormittag mit dem Beschluss der Sozialdemokraten, das Ermächtigungsgesetz anzunehmen, wenn ein Reichstagsausschuss von 15 Mitgliedern vor Erlass der Verordnungen durch die Regierung ist eine Vereinbarung dahin getroffen worden, dass dem Ermächtigungsgesetz hinzugefügt wird: „Vor Erlass der Verordnungen ist ein Ausschuss von 15 Mitgliedern in vertraulicher Beratung zu hören.“ Auf die vertrauliche Beratung ist entscheidendes Gewicht gelegt worden aus außenpolitischen Gründen. Die Parteien der Arbeitsgemeinschaft sind bereit, das Ermächtigungsgesetz in der erweiterten Form anzunehmen. Auch die bayerische Volkspartei stimmt zu. Die Deutschnationalen, die gegen 1 Uhr zusammengetreten sind, haben noch keine Entscheidung getroffen. In Kreisen der Arbeitsgemeinschaft hofft man, dass das Ermächtigungsgesetz nun doch die notwendige Zweidrittelmehrheit finden wird. Man erwartet die Zustimmung der Deutschnationalen und meint, dass die vorausgesetzliche Stimmenthaltung eines Teils der Sozialdemokraten die Vorlage nicht gefährden wird.

Die Beratungen des Reichstags werden heute noch nicht zum Abschluss gebracht werden, man glaubt aber, dass am Donnerstag mittag die entscheidende Abstimmung erfolgen wird.

Die heutige Reichstags-Sitzung

Berlin, 5. Dez. (Von unsem. Berl. Büro.) Vor nicht übermäßig hart beschaffenem Haus begann heute im Reichstag die Besprechung des Ermächtigungsgesetzes. Die Sozialdemokraten stellen den ersten Redner Philipp Scheidemann. Dieser teilt mit, was man bereits wusste, dass die Sozialdemokraten dem Gesetz zustimmen werden. Bemogen sei sie zu diesem Entschluss durch die Erwägung, dass die Finanzlage schnelle Maßnahmen erfordert. Die Fraktion habe aber fest, dass die Regierung allein die Verantwortung für etwaige Beschlüsse trage. Die kurze Erklärung, die Scheidemann vorliest, wendet sich dann weiter dem sozialpolitischen Gebiet zu und rügt, dass der Besch. noch immer gescheit sei. Es wird weiter die Forderung nach Aufhebung des Belagerungszustandes wiederholt. Damit ist Scheidemann fertig.

Als Vertreter des Zentrums nimmt dann das Wort der Abg. Kroll. Er bekräftigt den Eintritt der bayerischen Volkspartei in das Kabinett. Das Programm der Regierung sei gerichtet auf den Aufbruch aller Führer, die nach der parlamentarischen Barmut zugewandelt seien. Den Kernpunkt dieses Programms sieht der Redner in der Sanierungsfrage. Er verlangt als Akt der Selbstdisziplin, dass sich das Parlament die Beschränkung auferlegt, die durch das Ermächtigungsgesetz notwendig sei. Auf dem Wege der Verhandlungen mit den Ländern muß eine angemessene Gestaltung des gesamten Staatswesens erreicht werden. Man habe im Zentrum die Ausrufung, daß sich der neue Kabinett als Vertreter der besetzten Gebiete erweisen wird. Im besetzten Gebiet sei niemals daran gedacht worden, auf dem Wege lokaler Sonderaktionen die große Antrojektion zu sabotieren, auf die man am Rhein keine Hoffnungen setze. Nach der außenpolitischen Seite hin bestehe Herr Kroll, der selbst Rheinländer ist, die Bereitschaft Deutschlands, zu verhandeln unter der Bedingung, daß einmal die deutsche Volkswirtschaft hinreichend beruhigt und zum zweiten, daß die Reichseinheit gewahrt bleibe. Es liege in Frankreichs eigenem Interesse, zu einer dauernden Lösung zu gelangen. Au erreichten Zwischenstufen der Deutschnationalen kommt es, als der Redner diesen vornimmt, daß sie durch ihre Politik die Einigkeit im Rheinland untergraben helfen.

Die Deutschnationalen lehnen ab

Berlin, 5. Dez. (Von unsem. Berl. Büro.) Die Deutschnationale Reichstagsfraktion stellt in ihrer heutigen kurzen Sitzung fest, daß es nach wie vor das Ziel der Deutschnationalen sei, dem bis heute vorhandenen Wunsch nach dem neuen Wahlgesetz Rechnung zu tragen. Die Fraktion hat einstimmig beschlossen, dem Ermächtigungsgesetz nicht zuzustimmen.

Der Aussenrat

Der Reichstagsausschuss beschäftigte sich heute noch vor der Plenarsitzung mit den Dispositionen für die Verhandlungen im Plenum. Heute soll die erste und zweite Lesung des Ermächtigungsgesetzes in Verbindung mit der Aussprache über die gestrige Regierungserklärung erledigt werden. Morgen wird die dritte Lesung stattfinden und außerdem sollen alle Anträge auf die Tagesordnung gesetzt werden, die sich auf die Aufhebung von Verordnungen beziehen, die aufgrund des früheren Ermächtigungsgesetzes oder des Artikels 48 der Reichsverfassung erlassen sind.

Nur der Fall der Auflösung — eine Frage, die noch nicht entschieden ist — soll der ständige Ausschuss zur Wahrung der Interessen des Parlaments, der sogenannten Überwachungs-ausschuss auch für die Zeit der Auflösung in Kraft bleiben. Ferner soll versucht werden, das neue Wahlgesetz noch im Dezember fertig zu machen.

Die französische Presse im russischen Solde

In der „Humanité“ beginnt heute Paris Suparin mit der Veröffentlichung von Urkunden aus dem Archiv der ehemaligen zaristischen Regierung. In der heutigen Nummer werden Briefe des bekannten russischen Finanzagenten Rasolowitsch aus dem Jahre 1906 veröffentlicht, die sich mit der Unterstützung für die französische Presse beschäftigen. In Verbindung mit den finanziellen Zusammenhängen werden genannt: der ehemalige Direktor des „Figaro“, Galmette, und der ehemalige Direktor der nationalistischen „Gazette“ der ehemalige Senator Berthoulet. Die Enthüllungen werden fortgesetzt.

Der verhaftete „Gendarmette-Kommandeur“

Der Kommandeur der separatistischen Gendarmetteabteilung Welfch der wegen Unzuverlässigkeit aus dem deutschen Gendarmetriedienst entlassen worden war und dann zu den Separatisten überging, ist nunmehr von den Separatisten selbst verhaftet worden, weil er zahlreiche Diebstahle begangen hat. Im Gefängnis in Speyer befinden sich außerdem noch eine Anzahl verhafteter Separatisten, die von ihrem eigenen Gefangenenossen wegen Diebstahls verhaftet worden sind. Unter den Verhafteten ist auch ein Separatist der sich diesmal unter falschem Namen die Lösung auszuhandeln ließ.

Die Milderung der Ruhrbesetzung

Der „B. J.“ am Mittwoch wird aus Paris gebracht: In hiesigen politischen Kreisen verläutet, die Veröffentlichung des Kommuniqués über die Milderung der Ruhrbesetzung sei eine Folge der Unterhaltung, die Poincaré am Montag mit dem englischen Botschafter gehabt habe.

Das Kommuniqué wird von der gesamten Pariser Presse als äußerst wichtige Rundgebung bezeichnet. So schreibt der „Petit Parisien“: „Dieses Ereignis beweist vor allem, wie ausgezeichnet die von Frankreich im Januar angewandte Methode der Pfandnahme war. Aber sie wird auch einen günstigen Einfluss auf die Arbeit des Sachverständigenausschusses ausüben, den die Reparationskommission demnächst zum Studium der deutschen Zahlungsfähigkeit ernennen muß. Die Sachverständigen, die sich gemäß dem Ruhrgebiet begeben werden, werden feststellen, daß die Bemühungen der französischen Ingenieure und Eisenbahner, weit davon entfernt, Deutschland zu verarmen, in weitestem Maße dazu geführt haben, neben dem wirtschaftlichen Chaos den Reichtum der rheinisch-westfälischen Industrie zu erhalten, was nicht verfehlen werde, in starkem Maße die Lösung der Reparationsfrage zu erleichtern.“

Senator Henri de Jouvenel schreibt im „Matin“: „Alle, die eine Verständigung wünschen, müssen nach Kenntnisnahme der Mitteilung begreifen, daß die Stunde für eine Regelung endgültig ist, die es gestattet werde, die Reparationsfrage in dem Maße zu lösen, in dem sie durch die europäischen Nationen allein gelöst werden könne. Die Forderungen Frankreichs an Deutschland seien auf 26 Milliarden herabgesetzt worden, vorausgesetzt, daß die Alliierten nicht von Frankreich die Bezahlung der Kriegsschulden verlangten. Großbritannien habe die Summe seiner Forderungen an die Alliierten auf die Summe herabgesetzt, die es selbst an die Vereinigten Staaten zu zahlen habe. Wenn man zu den Forderungen Frankreichs und Großbritanniens diejenigen der verbleibenden anderen Verbündeten hinzuzähle, werde die ganze Summe, die man von Deutschland fordern dürfte, 50 Milliarden Goldmark nicht übersteigen, vorausgesetzt, daß die Vereinigten Staaten ihre ehemaligen Verbündeten nicht zwingen, die Gesamtsumme ihrer Schulden von den ehemaligen Feinden einzutreiben. Es werde vielleicht — nach Ansicht Jouvenels — nicht unmöglich sein, eine europäische Schuldentilgungsfrage zu schaffen, dadurch, daß man einen Teil der Reparationen, der dem Betrag der internationalen Schulden gleichkomme, in der Schwedische lasse, soweit er nicht in das Arrangement Baldwin aufgenommen sei. Die Vereinigten Staaten glaubten, im Augenblick keine Verpflichtung gegenüber einem uneinigen Europa zu haben, nach einem Grund, sich in dessen Zwängen einzulassen. Europa möge sich verständigen und die amerikanische Republik werde sich sicher nicht weigern, an der Wiederherstellung der alten Welt teilzunehmen.“

Auch das „Journal“ spricht von einer Entspannung und einem gewissen und ziemlich kennzeichnenden Zusammenhang zwischen der Ankündigung der französischen Regierung und dem entscheidenden Wahlgang vom 6. Dezember. Alles werde davon hervorberührt. Um die Aufrechterhaltung der Entente cordiale in die Wagschale zu werfen, habe Frankreich zahlreiche Zugeständnisse gemacht. Es habe darauf verzichtet, die beschlagnahmten Erzeugnisse im Ruhrgebiet auf den britischen Markt zu werfen und darauf, die Arbeitsstunden im Ruhrgebiet zu vermindern. Es habe die Sanktionen aufgegeben und die Unterlegung über die Finanzlage Deutschlands angenommen. An die Stelle des rheinischen Sonderbündnisses sei eine modifizierte Autonomie im Rahmen des Reiches angenommen. Jetzt spreche man zu einem Volk von Mäßigung, das niemals etwas anderem als der Gewalt gehört habe.

Das „Echo National“ überschreibt seinen Kommentar zur Mitteilung des Duce d'Orso: „Eine Erklärung über das Ruhrgebiet, das einer Besetzung ähnelt.“ Das Blatt spricht die Vermutung aus, die gestern abgegebene Erklärung sei vielleicht das Ergebnis eines Kompromisses unmittelbar vor dem englischen Wahlgang und fährt fort: „Unsere Alliierten haben in der Frage des Sachverständigenausschusses nachgegeben, wir geben in der Ruhrfrage nach.“

Die „Ere Nouvelle“ sagt: „Heben wir aus der Rede des Reichskanzlers Marx eine tatsächliche Feststellung hervor: Deutschland befindet sich in einer verzweifelten Lage.“ Poincaré hat gestern einige Begabungen angeordnet, und er verdient unser Lob dafür. Unser Schluß aus dem Wirtswort ist: „Verhandeln!“

Reduzierung der Besetzung auf 10 000 Mann

Der Düsseldorf-Berichterstatter der „Chicago Tribune“ behauptet, daß anlässlich des gestrigen Beschlusses der französischen Regierung die gegenwärtige tatsächliche Stärke der französischen Besatzungstruppen allmählich bis auf ein Mindestmaß von 10 000 Mann zurückgeführt werden soll. Die deutsche Regierung werde in allen Funktionen, öffentlichen Gebäuden und den übrigen Kernern wieder tätig sein. Der französische Generalstab werde von Düsseldorf nach Mainz verlegt werden. Der eigentliche Industriebezirk werde wieder in den Zustand versetzt werden wie vor der Besetzung. Der Berichterstatter will in diesem Sinn von einer sehr hochstehenden Persönlichkeit unterrichtet worden sein.

Die Separatisten in der Pfalz

Ein „Standgericht“ in Speyer

Die Separatisten haben in Speyer ein „Standgericht“ eingerichtet, das im Gebäude der pfälzischen Kreisregierung tagt und vor das die Pfälzer zur Aburteilung stellen, die sich der Gewalt der Separatisten nicht fügen. Das Standgericht besteht aus einem Vorsitzenden und zwei Beisitzern, unter denen sich der frühere Sekretär der freien Bauernschaft der Pfalz, Schmidt befindet. Der Name des Vorsitzenden ist noch nicht bekannt. Seit heute besteht nur, daß er ebenfalls wie die beiden Beisitzer ein geborener Pfälzer ist.

Vor dieses „Standgericht“ wurde auch der Bürgermeister von Birmolsen Ludwig gestellt, der schon in der vorigen Woche von den Separatisten verhaftet aber wieder freigelassen worden war. Am Sonntag nachmittag wurde Bürgermeister Ludwig von den Separatisten erneut verhaftet, nach Speyer gebracht und durch drei Bewaffnete vor das Standgericht geführt. Die Anklage lautete, daß Bürgermeister Ludwig sich geweigert hat, die Platten zum Weiterdrucken von Rapsel herauszugeben, daß er das städtische Auto vor den Separatisten weggeschafft und den Separatisten Widerstand geleistet habe. Wegen der zwei ersten Anklagepunkte erfolgte Freisprechung, da sich selbst die Separatisten nicht dem Argument entziehen konnten, daß sich Bürgermeister Ludwig durch die Herausgabe der Platten des Verbrechens der Volksmäntelerei schuldig gemacht hätte. Wegen des dritten Anklagepunktes wurde Bürgermeister Ludwig zur Strafe der Ausweisung verurteilt und über den Rhein abgeführt. Der separatistische Notarkommissar Schwab aus Birmolsen trat gegen ihn als Zeuge auf.

Die rheinische Note

Man hat im deutschen Binnenlande bis weit in die sogenannten politischen Kreise hinein keine rechte Vorstellung von dem, was im besetzten Gebiet wirklich vorgeht. Bewußt oder unbewußt, hat man in diesen Stunden eine Last des Verdichtens und, so absonderlich das klingt, des Schönfärbens, geübt. Man schreit sich vielfach selbst heute noch, das „Nie und Brauamste“ auszusprechen. Wir lesen davon, daß der Separatismus fähiger und immer fähiger sein Haupt erhebe. Dann aber hört man wieder, daß die „unsaubere Gesellschaft“, Gewalter, Handhuhmader und Schieber, vieler Drien von der tragischen Leute des Rheinlandes vertrieben werde, und da man gern glaubt, was man hofft, leidet sich die frohe Meinung, daß es sich legendendes um Bandenkämpfe handle, wie sie ja auch sonst zur Signatur des gemeindeleichen Lebens von heute gehören. Bandenkämpfe freilich verfährt durch die mehr oder weniger widerrechtliche fremde Besetzung, die den Bürger (Säntioniere und peinigende und das Dasein ihm oft genug zur Höllequal mache. Die aber doch, wenigstens im Bereich der besetzten Okkupation, manches von ihrem Schreden bereits verloren habe und wenn erst der Vertrag mit der Räumung zu wirken begonnen hätte, Raum geben möchte zur Wiederkehr leidlich geordneter Zustände.

Die Wirklichkeit sieht leider erheblich anders aus. In Wahrheit ist, derweil wir monatelang wie hypnotisiert auf die Ruhr fixiert sind und um die Doktorfrage, aktiver oder passiver Widerstand uns schier blutig geritten, das Rheinland von den Franzosen erabert worden. Die deutsche Verwaltung hat in weitem Umfang tatsächlich aufgehört zu existieren. Rubezu überall ist ein separatistischer Regierungschef, ein separatistischer Bürgermeister. Ein Ausrückement, gewiß; zusammenhangslos, distanzlos, ein Gift meist ohne Inhalt. Das Tragische ist nur, daß auch die Zusammenhänge der rechtmäßigen Verwaltung in Reich, Land und Stadt gelockert, wenn nicht schließlich zerfallen wurden. Der in ein System gebrachte französische Terror hat fürchterlich gehaust. Es gibt Regierungen, in denen ein Fortschritt als einziger von Ausweklungen oder Einsparungen verschont höherer Beamter zurückbleibt. Anderswo wieder zeigt nur noch ein älterer Medizinalrat von verschwendeter Pracht. Die unteren Verwaltungsglieder — Polizei und Gendarmarie — sind längst in den Händen der Franzosen. Die Eisenbahn, die unsere Reichsfinanzen pollends und heillos zerrütet, ist ihnen zwangsläufig zu selbst in der Dastig Klaffen dreie Hüften. Mühsichtslos ist ausgetrieben worden, der irgendwelche Führerqualitäten verriet. Allein die Post ward reichsweiser und einigermaßen intakt gehalten: die einzige Schwäche, die noch keinen deutschen Sommer macht.

In den Wochen, die auf die Preisgabe des passiven Widerstandes folgten, muß dann in der rheinischen Volksseele sich etwas vollzogen haben, wofür die bekannte Drohung mit der Einholung der Regierungszahlungen noch keine hinreichende Erklärung gibt. Hat man wirklich geglaubt, Reich und Staat könnten ihre Beamten und Angestellten im Stich lassen? (Woran im Ernst natürlich nie gedacht worden ist. In der Notwendigkeit aber, von der Arbeitlosenunterstützung, diesem unbesonnenen Erbe der Revolution, abzulassen, und zwar ganz allgemein, nicht nur im besetzten Gebiete, wird unter real politischen Denkenden obdunkeln kein Zweifel sein.) Möglich vernahm man, daß Berufene und Unberufene, geladen oder aus freien Stücken, angefangen hätten, mit Herrn Tirard über die zukünftige Staats- und verfassungsrechtliche Gestaltung des Rheinlandes mehr oder weniger meritorisch zu verhandeln. Lange, vielleicht zu lange hätte man in der Sicherheit sich gewiegt, daß über diese Dinge nicht geredet werden sollte, solange der Fremdling waffenstarr noch vor unseren Toren walle. Nun mit einem Mal erfuhr man, daß dem Proconsul im „rheinhessischen Gollern“ Projekte über Projekte vorgelegt wurden, die er mit dem Schelm des Weltmannes anhörte, um dann doch immer wieder kühl und ziemlich ungerührt die nämliche Symploeforderung zu präsentieren; keine Annexion, beileibe nicht; Frankreich denke nicht daran, sich zwölf Millionen Deutsche einzuschleudern. Aber — Herr Tirard schien das offenbar ein Zugeständnis — wenigstens im Rahmen des Reichs: ein autonomer Staat. Ein Staat zudem, aus preußischen, bayerischen, badischen, vielleicht auch badischen? Gebietsteilen zusammengesetzt, mit dem Recht, eigene diplomatische Vertretungen zu unterhalten und umgekehrt fremde Gesandtschaften bei sich zu haben. Und schließlich: kein Provisorium, vielmehr „zu Frankreichs Schutz geschlossen“ ein Gebilde für die Dauer. In Koblenz ist, du trotz allem Entgegenkommen die Franzosen zu keinerlei Gegenseitigkeit sich verpflichten mochten, dann doch keine Einigung erzielt worden. In Berlin, wo man mit Recht darauf zurückshawe, vorzeitig die Hände sich binden zu lassen, auch nicht. Aber derweil ist in etwas müßerlichem Verhabe eine Art rheinischen Landesparlamentes errichtet worden: der Rat der Sechshundfünfzig, den man inzwischen auf sechzig Mitglieder erhöhte und der aus keiner Weise einen Keinen Aktionsausschuss, Direktorium oder so ähnlich, aussondern soll.

Täuschen wir uns nicht: ein Neues ist im Werden, das man vorläufig Selbstverwaltungskörper und Zwedverband nennt, das eines Tages aber leicht auch anders heißen kann. Das rheinische Volk wird darum nicht anzuklagen sein. Das leidet seit nunmehr zehn Jahren im Krieg und über menschliches Vermögen hinaus bleibt niemand verpflichtet. Wie schlecht aber muß eine Politik gewesen sein, die zu so wahrhaft besammernswürdigem Ende führe!

Man soll auch vom Heimde lernen, vielleicht gerade von ihm. Wenn es noch nicht zu spät ist zur Umkehr, sollten wir auf den Weg uns zurückfinden, den vor einem halben Jahrhundert Frankreich mit Léon Gambette gegangen ist. „Denken wir unmaßbächtig an das, was wir zu tun haben, aber sprechen wir niemals davon.“ Gambette hat in derselben Rede, in der der viel gezeirte Auspruch seine klassische Ausprägung fand, am 22. September 1872 in Chambord, noch mehr gesagt. Er hat gemeint: man müsse sich auf die Zukunft vorbereiten mit Ruhe, mit Reife, mit Umsicht, ohne eine Probezeit, ohne unnütze Provokation. Hier bede die Vaterlandsliebe sich mit der Vorsicht. Die Bergangenheit läßt sich nicht wieder zurückrufen, auch das Ruhrunternehmen nicht. Sie unerschrecken machen. Über noch ist leidet für die Deutschen, nicht aber Tage Abend. Sorgen wir allem zuvor, dem Lande keine moralische und politische Kraft wieder zu geben. „Krafft dieses Heilmittels“, wie jülicher Gambette zum andern Mal, „müssen wir alles dem unmittelbaren Ziel opfern, uns neu zu schaffen, uns wiederherzustellen und dafür darf uns kein Preis zu teuer sein.“

Johannes Hoffmann im 60er-Ausflug

Der Reichstagsabg. Johannes Hoffmann-Kellerslautern, der aus der geschichtlichen autonomen Pfalzabewegung her bekannt ist, wurde von der Sozialdemokratischen Partei zum Mitglied des neugebildeten 60er Ausschusses des besetzten Gebietes gewählt. — Wie vorurteilsfrei!

Eine bedeutsame Erklärung des preussischen Ministerpräsidenten

Berlin, 5. Dez. (Von unserm Berliner Büro.) Zu Beginn der heutigen Sitzung des preussischen Landtags gab Ministerpräsident Braun eine Erklärung zur Rheinlandsfrage ab, in der er sich mit aller Schärfe gegen die Positionen der Franzosen wandte, zugleich aber auch gegen Bestrebungen von deutscher Seite, den Zusammenhang des Rheinlands mit dem Reich zu lockern.

Bayern und das Reich

Der bayrische Ministerpräsident v. Künigleng hat heute vor dem Landtag eine politische Erklärung abgegeben, aus denen folgendes bemerkenswert ist: Der Widerstand gegen die Annehmungen des Reichsvertrages war ein Akt der aufgebrungenen Leidenschaft.

Die Einladung an Amerika

Berlin, 5. Dez. (Von unserm Berliner Büro.) Der Vorsitzende der 'Times' in Washington meldet nach der 'N. Y. Times', daß die amerikanische Regierung nunmehr eine offizielle Einladung erhalten habe, an den Arbeiten der beiden Sachverständigenkommissionen der Reparationskommission teilzunehmen.

Lezte Meldungen

- Amstern, 5. Dez. Die Behörden haben eine große Schätzung mit Chemikalien niedert, an der 20-25 große Firmen beteiligt sind.
Amstern, 5. Dez. Die Idee zur Unterstützung deutscher Kinder wird gegenwärtig über 10.000 Mark betragen.

An unsere Leser!

Der bisherige Bezugspreis bleibt für die Woche vom 20. November bis 5. Dezember in Höhe von 1 Billion unverändert. Erhebung einer ev. Nachzahlung vorbehalten. Bei wertbeständiger Zahlung findet keine Nachzahlung statt.

Städtische Nachrichten

Die Goldmark steht heute unbeeinträchtigt auf 1 Billion entsprechend einem amtlichen Berliner Dollarkurs von 4,2 Billionen.
Warnung vor falschen Kriegsanleihen. Von den in letzter Zeit ausgegebenen Reichsanleihen über 50 Milliarden Mark...

Veranstaltungen

Schreibmaschinen-Verein Mannheim-Ludwigshafen. Am Donnerstag, 6. Dez., spricht Herr Dr. o. P. in Schriesheim-Verein Mannheim-Ludwigshafen über 'Annette von Droste-Hülshoff'.
Gesellschaft für deutsche Bildung. Vor einiger Zeit ging eine Meldung durch die Zeitungen, daß sich Wilhelm Schäfer mit einer Abteilung des Reichsanzeiger-Büros beschäftigt...

Aus dem Lande

Waldstadt, 4. Dez. In der Nacht zum 9. November wurden aus dem Keller eines hiesigen Bäckermeisters zwei bis drei Renner eingekerkert.
Regel, 4. Dez. Am Samstag ist es hier zu Erbsenbockenschießen gekommen. Erwerbslose Jugendlichen versuchten in das Karthaus einzudringen, um sich bei der Erbsenbockenschießen Unterstützungsgelder zu holen.
Stettin, 4. Dez. Der Kaufmann Lehmann hat auch in seinen Verhandlungen sehr großen Schaden erlitten.
Hannover, 4. Dez. Das dreijährige Schicksal des Schützenkönigs...

Der Mann im Mond

Roman von Sven Elvén
Copyright by Georg Müller, Verlag, München.
Nachdem sie ihren in Uebereinstimmung gebracht waren, ging zuerst Krog, schlaflos und kräftig, wieder zum Kopf und sah, wie ein Mann, der seiner selbst sicher ist, und niemand hätte ihm angesehen, daß er erst vor kurzer Zeit eine schwere Wunde des Todes gelitten hatte.

war jedenfalls keine ursprüngliche Absicht. Mehrere sind da noch mehrere mögliche Punkte. Vor allem seine Experimente, das elektrische Licht in ganz Afrika auszuweisen. Sollte das eine Mitteilung an seine Mitbewerber sein, oder?
Am Continental. Er ist jetzt ein feiner Herr geworden. Tritt im Jodelzug auf. Krog küßt ihn und er hat sich darum jeden seiner Schritte zu bewachen, und dann wollen wir ihm eine kleine Falle stellen.

Der junge Telegrapheningenieur fand zuerst die Sprache wieder.
'Hal! Das ist ja eine nette Geschichte. Wo zum Teufel hat er den Wagen hergegriffen?'
'Vorab bestellt! Stand natürlich da und wartete auf ihn.'
'ermüdet der Doktor in hoffnungslosem Kerker. 'Er wußte von uns und nahm darum seinen Wagen beim Standplatz, wo wir ihn leicht hätten verfolgen können. Jetzt ist es unmöglich.'

(Fortsetzung folgt)

Berichtszeitung

Blinderer und Demonstration vor Gericht
Schöffengericht (S. G. I) und Strafkammer IV haben sich heute mit dem Blinderen in Raumbheim und den Borarten beschäftigt.

Bei den am 13. und 14. November in Rheinau stattgefundenen Blinderen hat sich der am 10. Januar 1897 in Rheinau geborene ledige Tagelöhner Wilhelm Götstein als Anführer beteiligt. Da Götstein in Rheinau nicht mehr aufzufinden war, wurde man ihn in der Wohnung seiner Geliebten in der Rosenstraße 67 in Medarau, wo er am 17. November morgens kurz nach 6 Uhr auch festgenommen und dann ins Amtsgefängnis eingeliefert wurde. Der Angeklagte stellt es entschieden in Abrede, sich an den Blinderen beteiligt zu haben. Er gibt an, daß er am 13. Nov. mit zehn anderen Arbeitern seine Erwerbslosenunterstützung in Medarau holen wollte. Da kein Geld ausgezahlt wurde, gingen sie wieder nach Rheinau zurück. Er habe sich weder am 13. noch am 14. an den Blinderen beteiligt. Der Angeklagte hat aber gesehen, wie der Mann des Erwerbslosenrats, Gerbert, Brot und Kartoffeln verteilte. Einer namens Schwarz habe die gepökelten Gegenstände mit seinem Fuhrwerk von Raab nach dem Tumploch der Freien Turnerschaft gefahren. Götstein behauptet ferner, in keiner Weise die Blinderen angeordnet zu haben, dagegen habe sein Bruder Hermann ihm mitgeteilt, daß dieser bei den Blinderen beteiligt gewesen sei. Er glaube deshalb, daß eine Vernehmung mit seinem Bruder vorliege.

Nach den polizeilichen Feststellungen ist aber der Götstein einer der Haupttäter gewesen. Da er sich nach den Blinderen nicht in seiner Wohnung aufhielt, war anzunehmen, daß er sich der Festnahme durch die Flucht entziehen wollte. Götstein wurde des Landfriedensbruchs überführt und vom Schöffengericht zu 10 Monaten Gefängnis verurteilt.

Der Werkzeugmacher Karl Hammei ist wegen Beamteneinwirkung und wegen groben Unfugs angeklagt und hat sich vor der Strafkammer IV zu verantworten. Er hat bei der Arbeitlosen-Demonstration am 15. Oktober, nachmittags 1 Uhr, auf der Straße zwischen L 1 und M 1 einen Trupp der Polizeibereitschaft mit dem Ausruf „Bluthunde“ beschimpft. Außerdem ging Hammei zu den Franzosen an Schloß und verurteilte diese durch Fureuren gegen die Polizeibereitschaft aufzulockern. Wenigstens war dies aus seinen Bewegungen und Deutungen zu entnehmen. Ferner hat der Angeklagte in Gegenwart eines Polizeiwachmanns und meh-

rer vor dem Schloß bei den Franzosen umherlaufenden unbekannt Personen gesagt: „Wacht den Platz frei, damit die Franzosen im gegebenen Moment auf die Polizei schießen können.“ Der Angeklagte ist geständig. Nur will er zu den Franzosen nichts gesagt haben.

Der Vertreter der Anklage, Staatsanwalt Suppold, tritt hier in scharfen Worten die rohe Beschimpfung der Polizeibeamten mit dem Ausruf „Bluthunde“ erhellend fest, daß der Angeklagte wiederholt dieses Schimpfwort gegen Beamte, die in treuer Pflichterfüllung ihren Dienst verrichten, gebraucht hat. Auch habe die Beamteneinwirkung erproben, daß der Angeklagte wiederholt gerufen hat: „Wacht Platz, daß die Franzosen schießen können!“ Der Staatsanwalt beantragt eine empfindliche Gefängnisstrafe. — Der Verteidiger des Angeklagten, A. A. Dr. Pfeiffenberger, schildert Hammei als einen durch den Krieg nervenschwach gewordenen Menschen. Der Angeklagte sei von der Bewegung suggestiv erfaßt worden und habe in dem aufgeregten Temperament einer Minute sich hinreichend lassen, ohne daß er es eigentlich wollte. Unter diesem Gesichtspunkte müsse auch der Ausruf „Bluthunde“ betrachtet und berücksichtigt werden.

Das Urteil lautete wegen Beleidigung und wegen Vergehens gegen die Verordnung des Reichspräsidenten vom September 1923 auf eine Gefängnisstrafe von 10 Monaten. In der Begründung wurde u. a. ausgeführt, daß der Ausruf „Bluthunde“ eine außerordentlich schwere Beleidigung bedeute. Da eine entsprechende Strafe verbiete.

Wegen Beleidigung und Aufruhrs steht der am 10. Sept. 1888 zu Odenkoben geborene verheiratete Sattler Karl Zimmermann, wohnhaft an den Katern Nr. 18, vor der Strafkammer IV. Bei der Demonstration der Arbeitlosen am 15. Oktober d. J. vormittags 11.30 Uhr hat der Angeklagte dem einschreitenden Polizeibeamten mit Gewalt Widerstand entgegengesetzt. Nachdem sich etwa hundert Personen aus der Menge an ihm befangen hatten, hat der Angeklagte erregte Reden gehalten. Das war von jeder Seite zu hören, daß er, anstatt den Beuten Brot zu geben, diese mit dem Gummiknüppel bearbeitet. Für diese Taten (gemeint war die Polizeibereitschaft) hat die Regierung Geld, die haben Brot! Ein bei 3. lebender Demonstration hörte: „Den Lumpen gehört das Messer in den Rücken gesteckt.“ Ich bin der ihm selbstnehmenden Kriminalbeamten mit der Faust ins Gesicht. Nachdem noch ein Polizeibeamter zu Hilfe gerufen war, konnte der Angeklagte überwältigt und auf die Polizeiwache gebracht werden.

Der Angeklagte J. war Ausläufer bei der Ankl. Beglückwünscht habe er sich in das Stadtmuseum begeben, wo er sich kurz vor dem Drahtziehen aufstellte. Aufreizen wollte er nicht. Als der Kriminalist ihn festnehmen wollte, sei er erschrocken. Mit Gewalt habe er ihn jedoch nicht geschlagen. Er lebe ein, daß er eine Dummheit gemacht habe, denn er wolle niemand verletzen noch beleidigen. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu 8 Monaten Gefängnis.

Bestrafung eines Goldtäufers. Die Strafkammer Bonn verurteilte auf Antrag des Vereins gegen das Verbrechen des Diebstahls, gegen den Kaufmann Siegfried Steinlauf in Frankfurt a. M. Der Angeklagte betrieb unter der Firma Dr. Albert Siebel eine Goldtaufstelle und Edelmetallschmelze. Er machte bekannt, daß er jede Menge Goldsilber und Wismut ankaufe, und suchte einen Werkmeister einer großen Wismutfabrik zum Verrat auf Betriebsgeheimnissen zu verleiten. Das Gericht nahm bei dem 37jährigen Angeklagten Reue an und verurteilte ihn zu drei Tagen Gefängnis.

Wetternachrichten der Karlsruher Landeswetterwarte
Beobachtungen hiesiger Wetterstationen (7^u morgens)

Ort	Temp. Luft	Temp. Boden	Temp. Regen	Wind	Wasser	Wasser	Wasser	Wasser	Wasser
Berthelm	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Karlsruhe	563	750.1	2	—	—	—	—	—	—
Rhein-Wein	127	740.4	3	—	—	—	—	—	—
Baden-Baden	213	740.3	0	—	—	—	—	—	—
Willingen	780	752.3	0	—	—	—	—	—	—
Freiburg	1281	630.7	—	—	—	—	—	—	—
St. Blasien	—	—	1	—	—	—	—	—	—

Das neue Siedungsgebiet hat sich bis zum Anlauf verlagert. Auf seiner Vorderseite hat ein Ausläufer in unierem Gebiet über Nacht wieder Erhebung und Regenfälle gebracht. In der Ebene liegen die Temperaturen über dem Gefrierpunkt. Das Gebirge hat in den oberen Lagen leichten Frost. Regen bleibt Süddeutschland noch im Bereich des Tiefdruckgebietes, jedoch meist wolfiger Wetter mit vereinzelten Niederschlägen zu erwarten ist.
Boraussichtliche Witterung für Donnerstag bis 12 Uhr nachts.
Reift wolfig. Frühlingsliche Niederschläge (im Hochgebirgsgebiet Schnee). Temperaturen wenig verändert, wechsell. Winde.

Die Verlobung unserer Tochter Annie mit Herrn Ludwig Konstant
beehren wir uns anzukündigen.
Schnell
hgl. preuß. Oberstleutnant a. D. und Frieda Schnell geb. Diekmann
Mannheim, Werderplatz 12
Oderberg, Tscheschowakal.
Dezember 1923.

Amliche Veröffentlichungen der Stadtgemeinde.
Städt. Sparkasse Mannheim.
Nachdem die Rentenmarkt im Verkehr erdichten ist, erklärt sich die Städt. Sparkasse Mannheim zur Anlage und Führung von provisorischen Rentenmarkt-Konten bereit.
Die niederste Einzahlung beträgt 5 Rentenmark. Verfügungen über solche Guthaben können in jeder Form, auch durch Überweisungen, getroffen werden. Die Verzinsung der Rentenmarkt-Einlagen erfolgt zu 4% bei halbjährlicher Abzinsung, nach Vereinbarung höher.
Alle weiteren Einzelheiten bereitwillig während der Geschäftsstunden.

General-Vertretung
für Mannheim resp. Baden vertritt gut eingeführte, erste Fabrikationsgesellschaft für ihre Artikel, mit unbegrenzten Möglichkeiten und großen Verdienstmöglichkeiten. Seriole, organisationalen-befähigte Herren oder Firmen, die auch Kapital zwecks Lagerhaltung besitzen, wollen ausführliche Angebote einreichen unter H. N. Z. 4628 an Ala-Haasenstein & Vogler, Berlin W. 35.

Billiger Verkauf
in Strickwesten für Herren und Damen
Schals u. Mützen - Schlupfhosen
Geschwister Gutmann, G 3, 1.

Haus
In der Redaktionsstraße mit Laden gegen ein 2-3 Familienhaus mögl. mit etwas Garten zu tauschen gesucht. Off. Angeb. unt. H. D. 93 a b Geschäftsstelle.

Tabak-Fabrik
sucht
flotten Korrespondenten
zur Bearbeitung der eingehenden Aufträge. Herren, welche branchegemäße Vorbildung haben und eine umfangreiche Vertreter-Organisation bearbeiten können, belieben selbstgeschriebene Angebote einzusenden unter A. F. 69 an die Geschäftsstelle.

Wohnungstausch
Mannheim—Stuttgart.
Herrliche 3 Zimmer-Wohnung mit Bad und allem Zubehör, direkt am Rhein gelegen, gegen 4 bis 5 Zimmer-Wohnung in Stuttgart, Zentrum ausgetauscht, zu tauschen gesucht. Angebote unter A. B. 65 an die Geschäftsstelle des Blattes.

Verkaufe.
Weißer Korbwagen
gut erhalten, zu verkaufen. Preis 180 Mark. Off. Angeb. unt. H. D. 93 a b Geschäftsstelle.

Wir suchen für einen unserer Direktoren
2-3 unmöbl. Zimmer
in guter Lage oder
grössere Wohnung im Tausch
gegen eine kleine. 7414
Süddeutsche Disconto-Gesellschaft L. G.
Personal-Direktion.

Wein-Restaurant zum Fuchsbau
K 2, 20
Donnerstag abend *542
Gänse-Essen.
Freundlichst ladet ein Fr. Kirsch.

Fuhrgeschäft
sucht Beschäftigung für 3 Pferde. Vorkosten vorhanden. *5696
Telephon 49.

Erstklass. Metallwaren-Fabrik
Röhre Hamburgs, leistungsfähig in Metallwaren, Schmiedestücken, Ventilen u. Transformatorbaubedarf, sucht zur Bearbeitung der Bauarbeiten und Interessenten leistungsfähige, tüchtige
Vertreter.
Angebote von Bewerbern, die über umfassende Beziehungen verfügen und nachweislich erfolgreich tätig gewesen sind, sind bei Kalligabe von 10. Referenzen einzusenden unter H. G. 2187 an „Ala“, Haasenstein & Vogler, Hamburg 36, Valentinsplatz 74.

Bestecke
in Alpaca, echt Silber u. versilbert, in den neuesten Mustern. Lassen Sie immer noch am billigsten bei *595
Ludwig Groß, F 2, 4a.

Pianos
in Kauf u. Miete
bei *55
Heckel
Piano-Lager
O 3, 10.

Wir suchen für einen unserer Direktoren
2-3 unmöbl. Zimmer
in guter Lage oder
grössere Wohnung im Tausch
gegen eine kleine. 7414
Süddeutsche Disconto-Gesellschaft L. G.
Personal-Direktion.

Gesellschaft für Spinnerei und Weberei, Ettlingen (Baden).

Die Bank für Textilindustrie Aktiengesellschaft, Berlin, veröffentlicht in den Tageszeitungen unter **großem Mißbrauch unserer Firma** ein Angebot auf Ettlinger Aktien mit der Behauptung, das von uns veröffentlichte Umtauschangebot sei ohne Zustimmung der Hälfte der gewählten Aufsichtsratsmitglieder erfolgt.
Diese Behauptung ist ebenso unwahr wie die Behauptung, die Textilbank handle im Interesse der Selbständigkeit unserer Firma.
Die Textilbank ist ein Institut des Herrn Joseph Blumenstein und vertritt in diesem Falle in erster Linie die Interessen **dieses Herrn** in seinen Bestrebungen zur Majorisierung der Gesellschaft.
Die nachstehend bezeichneten Banken sind bevollmächtigt, Aktien der Gesellschaft zu erheblich günstigeren Bedingungen als den von der Textilbank genannten zu erwerben: 7404

Bankhaus Grunelius & Co., Frankfurt a. M.,
Bankhaus Lazard Speyer-Ellison, Frankfurt a. M.,
Darmstädter u. Nationalbank, K. a. A. in Darmstadt und deren Filialen,
Bankhaus Th. Fasshold & Co. in Mannheim,
Bankhaus Ignaz Ellern in Karlsruhe,
Württembergische Bankanstalt in Stuttgart,
Bayerische Vereinsbank in München.
Wir empfehlen unseren Aktionären, sich vertrauensvoll an diese Banken zu wenden.
Ettlingen, den 4. Dezember 1923.
Der Vorstand: P. Hummel, Dr. Euerle.
Der Aufsichtsrat: Dr. Ziegler, Rechtsanwalt.

2 sehr schöne Zimmer
(Wohn- u. Schlafzimmer) an gut beleuchteten ruhigen Seiten des Herrn zu vermieten. Preis in b. Geschäftsstelle. *5975

Getreide-Großhandlung sucht
2-4 Büro-Räume
in zentraler Lage der Stadt, möglichst Nähe der Börse gelegen.
Off. Angebote unter A. Q. 79 an die Geschäftsstelle des Blattes. *5404

Personenwagen
zu kaufen gesucht. *5507
Angebote unter H. H. 97 an die Geschäftsstelle.

Ein od. zwei Kontorräume
möglicherweise möbliert und zentral gelegen, notwendig übergehend oder auch für längere Zeit auf 1. Jan. gesucht.
Angebote unter H. L. 100 an die Geschäftsstelle. *5684

Offene Stellen.
Suche für meine Selbstverfertigte, sehr zu verkaufen. Angebote unter H. F. 95 an die Geschäftsstelle. *5982

Heirat.
Seltener Raum, 35 J. a., fast 100000 Mark Verm. wünscht sich eine Frau, evtl. gebildet, jung und b. 1.90 m Größe. *5500
Witwe, 57 Jahre, engl., mit nett. Jungen, eleg. 4 Zimmerwohnung und 2 schönen Woonhäusern wünscht sich wieder paß zu verheiraten.
Es will sich nur Herren in sich Position melden unter E. K. L. 103 hauptpostl. Ludwigshafen.

Vertreter.
Fr. H. Bauer, Kitzbühel Kitzbühel.
Ehrliches saub. Mädchen
zu jung Ehepartnerin zu suchen. Off. Angeb. unt. H. D. 93 a b Geschäftsstelle. *5338
Röhrenstraße 7.

Auto- und Motorradfachmann
sucht zu verkaufen. *5500
2 5000 G.-M.
Schneller, baer. Unfall. Angebote u. H. E. 94 an die Geschäftsstelle. *5333

Alleinstehender Herr, der
des Jahres v. Mannheim abwesend ist
erstklassig möblierte Zimmer
möglichst in Stadtzentrum.
Angab. unt. H. G. 96 an die Geschäftsstelle d. Bl.

2-3 Billiard. Mark
gegen gute Zinsen und Sicherheit zu leihen gesucht. Bei Rückzahlung wird Geldentwertung berücksichtigt. Angebot u. H. P. 4 an die Geschäftsstelle. *5683